



Die Käthe Kollwitz'schen im Reichstag

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorsitzender
Käthe Kollwitz

27750

Während die Sozialdemokratische Partei in immer stärkerem Maße die in dem vergangenen Jahren in die Irre gegangenen Arbeitersassen an sich zu ziehen vermag, sehen wir, wie sich bei jenen Parteien, die ihre Politik auf der Verelendung der werktätigen Bevölkerung aufbauten, Niedergang und Zerfall zeigen. Kommunisten ebenso wie Deutschvölkische wissen, daß ihre Zeit vorüber ist. Mit allen Mitteln der Verleumdung versuchen sie, ihre Anhänger bei der Stange zu halten. Die Sozialdemokratische Partei will sich nicht der gleichen Kampfweise bedienen, aber sie wird es nicht unterlassen, die Wähler darüber aufzuklären, welche Arbeit von jenen Parteien bisher geleistet worden ist. Das nachfolgende Material behandelt die Tätigkeit der Völkischen im Reichstag, es wird unseren Funktionären gute Dienste in der Agitation, besonders während des Wahlkampfes, leisten.

Inhaltsangabe:

1. Das Wesen der völkischen Bewegung	2
2. Aus Schmutz und Blut geboren	4
3. Wie sich der völkische „Idealismus“ bewährt	6
4. Wie die Völkischen das Vaterland retten	6
5. Völkische Sozialdemagogie	7
6. Für die Erhaltung des Großgrundbesitzes	8
7. Auch das industrielle Kapital muß geschützt werden	8
8. Gemischte Empfindungen für die Beamten	8
9. Offiziere hui, Mannschaften pfui!	9
10. Die Völkischen für hohe Getreidezölle	9
11. Für Ausbeutung der Landarbeiter	10
12. Für den Revanchekrieg	11
13. Das Bündnis mit Rußland	12
14. Die Völkischen und das Ruhrgebiet	13
15. Die Völkischen für die Erfüllungspolitik	13
16. Völkisch-kommunistische Zusammenarbeit	14
17. Völkische als Verleumer	16
18. Der Reichstag als Kaschemme	17
19. Völkische und Kommunisten schützen die Schieber	19
20. Der Judenfreund Ludendorff	19
21. Völkisches Gesindel	20
22. Die Kunze-Partei	23

Wie werbe ich für die Sozialdemokratie?
Agitationsmaterial für die Funktionäre

A27750 3. Heft

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Die Völkischen im Reichstag

vom Mai bis August 1924

RV 10987

Herausgegeben vom Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1. Das Wesen der völkischen Bewegung.

Das Wesen der völkischen Bewegung wird am besten durch die Angabe eines völkischen Flugblattes gekennzeichnet, wonach die Nationalsozialisten die Partei der geistig Enterbten seien. Durch die ganze Tätigkeit der Völkischen wird diese autoritative Aussage bestätigt. Die Völkischen beginnen mit ihren Auffassungen etwa da, wo Stöcker und Ahlwardt, die Väter der antisemitisch-antisozialistischen Demagogie, aufgehört haben. Ebenso wie die antisemitische Bewegung der 80er und 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts kann man die völkische Bewegung als den „Sozialismus der dummen Kerle“ bezeichnen. Die politische Einstellung der Völkischen wird durch die wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen, die sich trotz des Krieges oder gerade infolge des Krieges in der Welt vollzogen haben, nicht berührt. Ihre organisatorische Tätigkeit zeigt ein seltsames Gemisch von Abenteuerlust, Gewaltanbetung, romantischer Phantastik mit unverstandenen Anklängen an die sozialistische Gedankenwelt. Aus diesem Gewirre kann natürlich kein ernsthaftes Arbeitsprogramm entstehen; die Völkischen begnügen sich deshalb auch mit der Aufstellung von „Richtlinien“, sie hüten sich vor der Festlegung auf ein „starres“ System.

Von der ganzen völkischen Fraktion gilt das, was der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Kahl am 4. Juni 1924 im Reichstag von dem Abg. Henning gesagt hat:

„Ihre Rede, Herr Henning, hat ein Maß von politischer Minderwertigkeit dargestellt, das nicht zu überbieten ist. Sie haben den demagogischen Reden der Kommunisten die Palme abzuringen versucht.“

Die geistige Enterbung der völkischen Bewegung hat ihre Ursache in der wirtschaftlichen Enterbung sehr vieler völkischer Führer und

deren Gesellschaft. Wir finden bei den völkischen vor allem jene Kreise, die durch den Krieg und seine Folgen aus ihrer bisherigen Bahn geraten sind und in ihrer Ratlosigkeit nunmehr ein leichtes Opfer der völkischen Phrasen werden.

Die **Haltlosigkeit** der völkischen Bewegung, zugleich aber ihr **reaktionärer Charakter**, offenbarte sich schon bei ihrem Einzuge in den Reichstag. Auf Grund ihrer Behauptung im Wahlkampf, sie seien eigentlich eine sozialistische Partei, bestand zuerst die Neigung, sie in die Gesellschaft der Kommunisten zu sehen. Dagegen wehrten sie sich, sie verlangten als **äußerste Rechtspartei anerkannt zu werden**, sie wünschten, daß ihnen die Plätze noch hinter den Deutschnationalen angewiesen würden. Schließlich hat man sie zwischen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei plaziert.

Vor einiger Zeit hat **Oswald Spengler**, ein geistiger Führer der völkischen Bewegung, vor dem „Hochschulring deutscher Art“ einen Vortrag über „Politische Pflichten der deutschen Jugend“ gehalten. Die Frage nach der politischen Reife der nationalen Jugend beantwortete er mit einem „rücksichtslosen Nein“. Spengler führte dann aus:

„Die Jugend begeistert sich in Masse an Farben und Abzeichen, an Musik und Umzügen, an theatralischen Gelübden und dilettantischen Aufrufen und Theorien. Wenn ich heute durch die Straßen deutscher Städte gehe und sehe, was für Versammlungen und Umzüge stattfinden, was für Bettel an den Häusern kleben, was für Abzeichen getragen werden, was gesungen oder geschrien wird, was für kindliche Theorien an die Stelle wirtschaftlicher Tatsachen gesetzt werden sollen, so möchte ich verzweifeln. Gegenüber dem, was die heranwachsende Jugend (Sp. redet von der völkischen) seit fünf Jahren will, redet, denkt und tut, drängt sich mir immer wieder der alte Spruch auf die Lippen: „Wehe dem Lande, dessen König ein Kind ist!“ Allzuoft bietet unsere nationale Bewegung das Bild eines Stiers in der Arena.

Wofür arbeitet die völkische Bewegung von heute, blind wie sie ist, handelt und denkt? Für Frankreich. Wenn Sie nicht wollen, daß die nationale Begeisterung dieser Jahre nur ein Mittel ist in den Händen der ausländischen Diplomatie, dann brauchen Sie etwas anderes als eine Politik hemmungsloser Leidenschaften.“

Spengler hat nicht genau berichtet; die Völkischen arbeiten nicht nur für das Ausland, sie verschmähen es auch nicht, mit dem Auslande zu arbeiten, wie es sich besonders deutlich im Münchener Fuchs-Machhaus-Prozeß und in den Verhandlungen gegen die Frankfurter Synagogensprenger gezeigt hat.

2. Aus Schmutz und Blut geboren.

Die ersten Truppen der völkischen Bewegung fanden sich in jenen Käuberbanden zusammen, die im Baltikum, in Oberhessen, in Bayern, im Ruhrgebiet mit allen Mitteln soldatischer Verrohung die freiheitliche Entwicklung der deutschen Republik zu hindern suchten. Als die Organe der Republik dem Landesknechtunwesen zu steuern suchten, stellten sich die bisherigen Bandenführer, wie Roßbach, Ehrhardt usw. in den Dienst jener Elemente, die gewaltsam die jetzige Staatsordnung zu beseitigen und die alten Machtverhältnisse wiederherzustellen trachteten. Die völkischen Banden waren überall dabei, wo es einen Putsch zu inszenieren galt. Nach der Auflösung der militärischen Organisationen wurden Geheimbünde gegründet, auf deren Konto die Morde und Mordanschläge auf Erzberger, Rathenau, Gareis, Scheidemann usw. zu sehen sind. Der Abgeordnete Löbe sagte darüber in der Reichstagsitzung vom 5. Juni 1924 den Völkischen folgendes:

„Wie können Sie überhaupt glauben, daß auf Ihre Seite eine Mehrheit des deutschen Volkes treten kann, wenn wir sehen, welche lange blutige Spur hinter den Anfängen Ihrer Organisationen einhergeht. Fast jeder Prozeß dieser Tage bringt eine neue ähnliche Enthüllung, angefangen von jenem Ehrhardt, den Sie heute abschütteln, der 1920 beim Kapp-Putsch noch Ihr Führer war, der des Meineids angeklagt, ein bedauernswertes Mädchen ins Gefängnis setzt und selber flieht; bis hin zu Thormann und Grandel. Wie können Sie die Verbindung aufrechterhalten mit diesem Schmutz und Blut, das an den Anfängen Ihrer Verbände klebt?“

Darauf antwortete der völkische Abg. v. Graefe:

„Der Herr Abgeordnete Löbe hat erklärt, unsere Bewegung sei auf blutigen Wegen in die Erscheinung getreten. Jawohl, meine

Herren, wir sind stolz darauf. (Hört, hört! und lebhafte Rufe in der Mitte: Pfui!) Wenn Sie sich ausgespuckt haben, hören Sie mir vielleicht zu. Meine Damen und Herren! Wir sind stolz darauf. Auf diesen Frontgeist, den wir als den Urquell unserer Bewegung betrachten, sind wir stolz."

Aus der verbrecherischen Tätigkeit der einzelnen völkischen Bünde und vieler ihrer Mitglieder nur einige wenige Beispiele:

Im Juni 1921 ist der sozialdemokratische Abgeordnete Lehrer **Gareis in München erschossen worden**, nachdem deutschvölkische Hezblätter förmlich mit dem Finger auf ihn gewiesen hatten.

Im Frühjahr 1921 wurden in einer Ausschusssitzung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Pläne über die Ermordung Erzbergers und Rathenaus beraten. Die Mordtaten sind auch wirklich von völkischen Parteigängern verübt worden.

Am 14. November 1921 wird ein Attentat auf den Führer der bayerischen Sozialdemokratie, Auer, ausgeführt.

Von einer nationalsozialistischen Fahnenweihe, bei der der Blücherbund, der Bund Oberland und die Vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns vertreten waren, berichtet die „Münchener Post“ am 6. Februar 1923:

„Die Fahnenweihe vollzog Regierungsbaumeister Schäfer aus Schleißheim, die „Kampffahne“ des Bundes Blücher würde sich noch vor der nächsten Baumblüte im Blutvergießen bewähren. Klinzsch, der Kommandeur der nationalsozialistischen Sturmabteilung, trat vor und entbot den Bundesbrüdern von Blücher den Gruß der nationalsozialistischen Sturmabteilung: „Durch Taten, nicht durch Worte. Unsere Taten sind Blut und Eisen!“ Ein Stoßtrupp der nationalsozialistischen Sturmabteilung stand stramm, solange Klinzsch sprach.“

Es ist öffentlich festgestellt, daß von Mitgliedern des Freikorps Oberland in Oberschlesien der Apothekerlehrling **Karl Görlich** und ein gewisser Stephan Stellmacher erschossen worden sind. Am 3. Juli 1921 wurden weitere sechs junge Männer der Nachrichtenzentrale Oberland überliefert und dann erschossen.

Am 27. Juni 1924 wurden vom Staatsgerichtshof in Leipzig der Privatbeamte Alfons Bau zu sieben Jahren Buchthaus, der Kauf-

mann Wilhelm Röhlmann, der Fabrikant Wolfgang Kiel und der Kaufmann Karl Mezger zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie hatten die Absicht, eine Synagoge in Frankfurt a. M. in die Luft zu sprengen, um dadurch die rechtsgerichteten Verbände zu ähnlichen Aktionen zu veranlassen, die darauf gerichtet waren, in Bayern die Monarchie herzustellen. Sie hatten sich mit einem französischen Offizier, dem Kapitän de Pomarede, in Verbindung gesetzt, ihn für den Plan zu interessieren und gleichzeitig von den Franzosen das zur Ausführung der Tat erforderliche Material (zwei Automobile, Handgranaten, Pistolen und Geld) zu erlangen gesucht.

Am 15. März 1924 wurden im Parchimer Mordprozeß vor dem Leipziger Staatsgerichtshof sechs deutschvölkische Angeklagte zu hohen Zuchthausstrafen wegen schwerer Körperverletzung und vollendetem Totschlag an dem „Landarbeiter“ Radog verurteilt. Der Prozeß hatte eindeutig die Beteiligung der völkischen Organisationen an Mordtaten ergeben.

3. Wie sich der völkische „Idealismus“ bewährt.

Der Führer Ludendorff bezieht von der von ihm so verhafteten Republik rund 22 000 Mark Pension im Jahre. Unter den 32 völkischen Abgeordneten sind 16 ehemalige Offiziere, ferner eine Anzahl höherer Verwaltungsbeamten. Keiner von ihnen hat bisher auf die Pension oder auf das Gehalt verzichtet. Ebensowenig hat man etwas davon gehört, daß diese 32 Abgeordneten im Reichstag oder ihre Gesinnungsgenossen in den einzelstaatlichen Parlamenten der Diäten, Freifahrtkarten usw. entzagt hätten.

4. Wie die Völkischen das Vaterland retten.

Trotz ihrer 16 ehemaligen Offiziere finden sich unter den 32 Reichstagsabgeordneten nur 21 Frontkämpfer, dagegen elf „Drückeberger“. Es sind dies die Abgeordneten Schwatal, Föder, Dr. Frick, Fritsch, Dr. Ganzer, Graf Reventlow, Dr. Roth, Schleppecke, Stelter, Weidenhöfer und Wulle. Mit Ausnahme von Schwatal und Fritsch handelt es sich bei ihnen um Männer im besten Alter mit gesunden Knochen und besonders großer Schnauze. Einige von diesen Helden sind im Reichstage bereits enttarnt worden, so der

Abg. Dr. Roth, der ehemalige bayerische Justizminister. Roth ist 1873 geboren, aktiver Offizier gewesen, war immer kriegsverwendungsfähig, blieb aber trotzdem während des ganzen Krieges in der Heimat. Er selbst berichtet darüber in dem amtlichen Reichstags-Handbuch:

„Weltkrieg: Hauptmann und Abteilungsvorstand beim stellverk. Generalkommando I. Bayrisches Armee-Korps. Teilgenommen an der **Befreiung Münchens** (April-Mai 1919), sodann Hauptmann und Abteilungsvorstand bei der Generalkommandantur München; Major der Landwehr a. D.“

Bei der Debatte im Reichstag hat dieser völkische Held sich herauszuschwindeln versucht durch die Behauptung, er habe sich wiederholt an die Front gemeldet, sei aber nicht freigegeben worden. Herr Roth gehört demnach mit Wulle und Reventlow zu den wenigen Deutschen, denen es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, an die Front zu kommen. — Auch die Tatsache, daß Roth bei sozialdemokratischen Ministern wegen hoher Staatsämter gebekettet hat, mußte von ihm zugegeben werden. Während des Krieges hat Roth unsaubere Schiebungen mit Malz geduldet.

5. Völkische Sozialdemagogie.

Vor den Wahlen haben die Völkischen die Arbeiter dadurch zu gewinnen gesucht, daß sie ihnen versprachen, nicht nur für die Erhaltung, sondern auch für die Erweiterung aller sozialpolitischen Rechte einzutreten. Der reaktionäre Charakter ihrer Partei enthüllte sich im Reichstag sehr bald, sie haben immer auf einer Linie mit den Deutschnationalen gekämpft, auch dort, wo es sich um soziale Interessen der Arbeiterklasse handelt. Wie sie mit den Deutschnationalen für Schuhzölle und Steuererleichterung für die Agrarier eintraten, so kämpften sie gleichzeitig mit den Deutschnationalen gegen eine ausreichende Besoldung der unteren Beamten.

Ihre sozialpolitischen Anträge sind nur Schaustücke. Ihren eigenen Antrag für die Erhaltung des „Grundsatzes“ des Achtstundentages wagten sie nicht einmal zu begründen, nachdem die „Deutsche Zeitung“ ihnen wegen dieses „Eintretens für den Marxismus“ heftige Vorwürfe gemacht hat.

6. Für die Erhaltung des Großgrundbesitzes.

Auf die Vorwürfe eines Redners der Deutschen Volkspartei, daß die Völkischen sozialistische oder kommunistische Ziele verfolgten, erklärte der Abg. Hennig in der Sitzung am 4. Juli 1924:

„Ich sage nur, meine Herren, lesen Sie unser Programm (das die Völkischen gar nicht haben), in dem so grundsätzlich wie bei keiner Partei, auch bei Ihnen nicht, das Privateigentum, vor allen Dingen das an Grund und Boden, geschützt wird. Es ist auch falsch, was über unsere Stellung zum Achtstundentag gesagt worden ist. Wir haben für die Zukunft den Achtstundentag in unserem Programm, aber nicht in dem Sinne, wie es hier ausgelegt ist, sondern daß die Mehrarbeit in der Zeit der Not nicht verhindert werden soll.“

In der Sitzung vom 27. Juni 1924 erklärte der völkische Abgeordnete Weidenhöfer:

„Wenn Sie das Programm unserer völkischen Freiheitspartei nicht besser kennen, als daß Sie herauslesen, daß wir den Großgrundbesitz aufteilen wollen, dann empfehle ich Ihnen, es noch dreimal bis viermal durchzulesen, dann werden Sie hoffentlich in der Lage sein, voll und ganz zu begreifen, was darin steht.“

7. Auch das industrielle Kapital muß geschützt werden.

Wie für den Großbesitz, so legen sich die Völkischen auch für das industrielle Kapital, trotz ihrer „antikapitalistischen“ Einstellung, ins Zeug. Der Abg. Schroeder erklärte am 26. Juli 1924:

„Die Industrie ist heute schon schwer belastet durch Steuern, die sie kaum aufbringen kann und die letzten Endes doch immer wieder die große Masse trägt; denn wenn irgendein großes Unternehmen mit großen Steuern belastet wird, dann müssen eben die Löhne gedrückt oder die Arbeitszeit vermehrt werden.“

8. Gemischte Empfindungen für die Beamten.

Für die Interessen der Arbeiter und Beamten wird allerdings weniger Liebe aufgebracht. Der Abgeordnete Feder führte am 28. Juli folgendes aus:

„Die zwei Dinge, das Beamtenbefördungsgesetz und die 3. Steuernotverordnung, haben draußen im Lande einen ungeheuren Sturm der Entrüstung entfacht. Eine gewaltige Papierflut ist hierher gekommen, herzzerreißende Notschreie. Ich habe recht gemischte Empfindungen insoweit gehabt, als die Hauptpapierflut sich auf diese Fragen bezogen hat, denn sie gehen doch zunächst die persönlichen Interessen an.“

9. Offiziere hui, Mannschaften pfui!

Bei der Beratung über die Verbesserung der Bezüge der Kriegsopfer konzentrierten die bürgerlichen Parteien mit alleiniger Ausnahme der Demokraten — fast ihre ganze Kraft auf die Verbesserung der Bezüge der Offiziere. Besonders eifrig zeigten sich in dieser Beziehung die Völkischen, deren Vertreter, der durch seine Verleumdungen rühmlichst bekannte Oberstleutnant a. D. Ahlemann, gegenüber der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie erklärte:

nur in einem Sklavenstaat, wie ihn die Sozialdemokratie erstrebe, könne man eine so berechtigte Klassifizierung der Bezüge, wie sie zwischen Mann und Offizier gefordert werden müsse, beanstanden.

Die Völkischen wollen also, daß das alte Verhältnis zwischen Offizieren und „Gemeinen“ auch bei der Versorgung der Kriegsopfer aufrechterhalten bleibt.

10. Die Völkischen für hohe Getreidezölle.

Ende Juni wurden Interpellationen und Anträge über die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues beraten. Damit verbunden wurde die sozialdemokratische Interpellation über den Schutz der Landarbeiter. Sämtliche bürgerlichen Parteien sprachen sich für den Zollschutz und für Abbau der Steuerbelastung der Landwirtschaft aus. Auch die Völkischen befanden sich unter den Freunden des Zollwuchers für Getreide. Der Abg. Schliephacke, Rittergutsbesitzer in Schlesien, erklärte am 27. Juni:

„Wenn Sie ihr (der Landwirtschaft) nicht den erforderlichen Zollschutz und die sonstige unbedingt nötige Unterstützung, vor allen

Dingen die Befreiung von den unsinnigen Steuern verschaffen, wenn Sie sich nicht dafür einsetzen, daß den Landwirten die Bezahlung der Steuern bis nach Beendigung der Haferfrüchte ge- stundet wird, dann geht die Landwirtschaft zugrunde und damit unsere gesamte Volkswirtschaft, und dann — ich sage nicht zu viel — haben wir das Fines Germaniae zu erwarten."

Als am Schlusse der Tagungsperiode die Sozialdemokratie und in ihrem Gefolge die kommunistische Fraktion zu verhindern suchte, daß die Zollvorlage in wenigen Stunden durchgepeitscht werde, führte der Abgeordnete Weidenhöfer, am 30. August, folgendes aus:

„Meine Fraktion steht auf dem Boden, daß es so wichtig ist, die Zollvorlage heute zur Beratung zu bringen, daß sie das Verhalten der Sozialdemokraten und Kommunisten einfach nicht versteht. Nicht allein die deutsche Landwirtschaft, sondern die ganze deutsche Volkswirtschaft wartet auf diese Vorlage.“

11. Für Ausbeutung der Landarbeiter.

Gegenüber der sozialdemokratischen Forderung, daß die Landarbeiterlöhne erhöht werden müßten, erklärte der Abg. Schliephacke am 27. Juni:

„Wenn nun der Herr Kollege Schmidt hier ausführt, daß die Landwirtschaft ihre Landarbeiter wesentlich besser bezahlen könnte, als sie es tatsächlich tut, so ist das demagogische Hebe, so ist das bewußte Unwahrheit.“

Dieser völkische Abg. Schliephacke, der in Niederschlesien ein großes Rittergut besitzt, ist einer der berüchtigsten Ausbeuter der Landarbeiter. Obwohl die Löhne, die zwischen den Landarbeiterorganisationen und den Organisationen der Agrarier durch Tarifvertrag vereinbart sind, außerordentlich niedrig sind, weigert sich Herr Schliephacke sie zu zahlen, bezahlt die Landarbeiter unter Tarif. Er mußte infolgedessen erst verklagt werden, wurde verurteilt, zahlte aber trotzdem nicht, so daß zur Pfändung geschritten werden mußte.

12. Für den Revanchekrieg.

In den Versammlungen ihrer Getreuen und auf ihren „deutschen Tagen“ predigen die Völkischen ganz unverblümt den Revanchekrieg gegen die Alliierten. Im Reichstag treten sie nicht ganz so offen auf; aber immerhin erklären sie auch hier, daß die Revanche vorbereitet werden müsse. So führte der Abgeordnete v. Graefe am 5. Juni aus:

„Wenn der tiefe, entschlossene opferwillige Entschluß da ist, dem Feinde so wie wir es leider nur wenige Tage im Ruhrgebiet getan haben, mit einem passiven Widerstand wie ihn die Russen mit der Einäscherrung ihrer eigenen Hauptstadt seinerzeit bewiesen haben, nicht mit einem so waschlappigen wie sie denken, sondern hinter dem der Geist Schlageter steht, dann werden auch die Bäume Alljudas, denn Alljuda ist ja letzten Endes doch der Strippenzieher auch bei den Kabinetten in London und Paris — nicht in den Himmel wachsen.“

Die Völkischen wollten also das Ruhrgebiet einäschern und zu einer Wüste machen. Für die völkischen Führer war allerdings jede Gefahr ausgeschlossen, Herr v. Graefe sitzt auf seinem Rittergut in Mecklenburg, Herr Ludendorff in seiner Villa in München, und auch die andern völkischen Führer halten sich gern fern vom Schuß.

Am 28. Juni führte der Abgeordnete v. Ramann aus:

„Wir erblicken die einzige Möglichkeit, daß Elend derjenigen, die jetzt unter dem unmittelbaren Druck der Franzosen leiden, zu enden, in dem unentwegten festen Willen des deutschen Volkes, mit denen, unter deren Druck unsere Brüder leben, zu einer endgültigen radikalen Abrechnung zu kommen, die aber nicht mit dem Portemonnaie, sondern mit der Waffe geführt wird.“

Als großer Kriegsheizer bekannte sich auch Graf zu Rennenkampf, der während des Weltkrieges seine alddeutsche Strategie nur am Schreibstiel entwickelte. In der Sitzung vom 25. Juli kritisierte er die Halbheit und Schwachheit, mit der der Krieg unter Wilhelm geführt worden sei. Dann erklärte er:

„Ich stehe aber nicht an zu sagen, daß wir sonst durchaus dafür gewesen wären, einen Krieg vorzubereiten und vorbeugend gegen Feinde zu führen, von denen wir genau wußten, und von denen auch jeder halbwegs Blinde sehen konnte, daß sie einen großen Krieg gegen uns vorbereiteten. Insofern muß ich es auch heute noch für einen schweren Fehler erklären, daß die deutsche Regierung in den Jahren 1905 bis 1906 angesichts der Marokkocrise den Krieg nicht geführt hat.“

13. Das Bündnis mit Russland.

Da aber die Völkischen wissen, daß Deutschland allein den Revanchekrieg gegen die Entente nicht führen könnte, so sehen sie sich nach Bündnissen um. Als der geeigneteste Bundesgenosse erscheint ihnen Sowjetrussland, und daraus erklärt sich auch das innige Zusammenarbeiten zwischen Völkischen und Kommunisten, das so oft im Reichstag und bei anderen Gelegenheiten festgestellt werden konnte. In der Sitzung vom 25. Juli führte Graf zu Reventlow aus:

„Wenn Sie mich weiter fragen, was wir tun wollen, so sage ich, wir müssen eine aktive Politik, auch eine Bündnispolitik treiben. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Worin besteht die?) Die besteht darin: Ich habe, als seinerzeit die Rote Armee auf Warschau marschierte, bereits eine militärische Kooperation zwischen ihr und uns befürwortet, und ebenso stehe ich durchaus nicht an, zu sagen, daß wir mit der russischen Regierung von Macht zu Macht in Fällen der auswärtigen Politik zusammengehen können und dann müßten. (Große Heiterkeit in der Mitte und links. Zuruf von den Sozialdemokraten: Ich dachte, Sie bekämpfen den Bolschewismus.)

Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß schon früher zwischen Kommunisten und Völkischen über ein Zusammengehen verhandelt worden ist. So hat Radetzky ausführlich mit Reventlow darüber diskutiert. Derselbe Radetzky hat den völkischen Helden Schlageter verherrlicht. Ruth Fischer hat mit völkischen Studenten Schmollis getrunken

14. Die Völkischen und das Ruhrgebiet.

Als im Herbst 1923 die Cunosche Politik Bankrott erlitten hatte und der passive Widerstand nicht länger aufrecht zu erhalten war, hatten die Deutschnationalen und mit ihnen im Bunde die Völkischen verlangt, daß man das Ruhrgebiet „versacken“ lassen solle. Die Nationalisten forderten von der Regierung, daß sie den Vertrag von Versailles für nichtig erklären, weitere Hilfsleistungen an das Ruhrgebiet einstellen und die dortige Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen solle. Als Graf von Westarp in der Reichstagsitzung vom 8. Oktober 1923 gefragt wurde, was geschehen solle, wenn darauf der Konflikt mit Frankreich komme, erklärte er damals, daß er und seine Freunde einer Kapitulation den weiteren Vormarsch und andere kriegerische Handlungen der Franzosen vorziehen würde. Die Nationalisten, die bei der Beratung der Dawesgesetze der Regierung und den Sozialdemokraten vorwiesen, daß sie nicht entschieden genug für die Räumung des Ruhrgebiets einträten, haben damals kalten Herzens eine Politik empfohlen, die nicht nur das Ruhrgebiet dauernd vom Reiche getrennt, sondern auch die Gefahr heraufbeschworen hätte, daß noch weitere deutsche Provinzen von fremden Truppen besetzt würden. Die gleiche Politik wollten die Deutschvölkischen noch bei der Beratung des Londoner Abkommens fortführen, die Bevölkerung der Ruhr sollte ihrem Schicksal überlassen bleiben. Kaltblütig erklärte Graf zu Reventlow am 25. Juli:

„Die Vertreter der Ruhr können ihre Lage und die Gesamt-lage doch nur lokal beurteilen, weil sie abseits stehen und weil sie unter dem ungeheuren Druck stehen. Ich will den Druck durchaus nicht verschärfen, ich bin aber allerdings überzeugt, daß wir, um wieder einmal zu einer Freiheit zu kommen, noch durch eine schwerere Krise als ganzes Land werden hindurchgehen müssen.“

15. Die Völkischen für die Erfüllungspolitik.

In ihrer Agitation verlangen die Völkischen, daß der Vertrag von Versailles zerrissen, daß das deutsche Volk sich seine Freiheit durch einen neuen Krieg erringen solle. Im Reichstag, wo nicht nur verantwortungslos geschwätzt werden darf, sondern wo auch

praktische Arbeit geleistet werden muß, bekennen sie sich auch zur Erfüllungspolitik. So der Graf zu Reventlow am 28. August:

„Die Nationalsozialistische Freiheitspartei erklärt in nächster Erkenntnis der gegebenen Machtverhältnisse ihre Bereitschaft zur ratenmäßigen Zahlung einer angemessenen Summe. Die Höhe des Betrages hätte die Grenze der Billigkeit und des deutschen Könnens nicht zu überschreiten.“

Damit sind also auch die Völkischen unter die Erfüllungspolitiker gegangen; im Prinzip erklären sie sich mit der Zahlung von Reparationen einverstanden, nur über deren Höhe wollen sie, so viel haben sie von dem „jüdischen“ Schachter schon gelernt, mit sich handeln lassen.

Sehr bezeichnend ist, was der Reichstagsabgeordnete Professor Strathmann-Erlangen in der „München-Augsburger-Abendzeitung“ vom 2. September 1924 berichtete:

„Von einem nationalsozialistischen Abgeordneten aus Nürnberg steht einwandfrei fest, daß er zu dem nebenstehenden Deutsch-nationalen Bruhn sich in dem Sinne geäußert hat, daß er zwar natürlich ablehnen wird, aber hofft, daß die Gesehe doch zustandekommen.“

16. Völkisch-kommunistische Zusammenarbeit.

Die Kommunisten behaupten zwar, daß sie unerbittliche Feinde des Faschismus und der Deutschvölkischen seien. Auf der andern Seite erklären auch die Völkischen, daß sie von den Kommunisten durch eine ganze Welt getrennt seien. Im Reichstag hat sich diese Trennung nur räumlich bemerkbar gemacht, indem die Völkischen die Reaktion von rechts und die Kommunisten die Reaktion von links verkörperten. Sonst aber waren sie unzählige Male ein Herz und eine Seele. Wir haben schon erwähnt, wie innig Graf zu Reventlow das russische Bündnis herbeisehnte und wie Herr Radel mit ihm über diese Frage diskutiert hatte. Auch bei vielen anderen Gelegenheiten offenbarte sich die Seelenharmonie zwischen den arisch-reinblütigen Völkischen und den semitisch verseuchten Kommunisten. Oft genug erregte es ungeheure Heiterkeit im Hause, als der große

Schlachtenlenker Lüdenhoff sich gemeinschaftlich mit der kleinen Revolutionsheldin Ruth Fischer von ihren Pläzen erhoben, gegen das ganze übrige Haus. Nicht weniger oft haben die völkischen Redner ihrer tiefen Sympathie für die Kommunisten Ausdruck gegeben. So warb der Abgeordnete von Graefe am 22. Juli folgendermaßen um die kommunistische Seele:

„Der Wunsch der Herren von den Regierungsparteien ist doch, daß wir die außenpolitische Debatte vermeiden. Gönnen Sie ihnen das doch nicht. Seien Sie doch einmal ein bishen niederrächtig. Vorschlagen Sie den Schwindel, machen Sie das nicht mit! Dann müssen Sie dafür sein, daß wir zuerst den Notentat heraten. Dann werden Sie Ihr Herz ausschütten und wir das unsrige auch, und die Regierung mag dann sehen, was sie in ihrem vertrockneten Herzen noch zum Ausschütten übrig hat. Herr Krah, wenn Sie bei Ihrer Schlaueit und Ihrem sonst nicht immer ganz guten Herzen sich selbst treu bleiben wollen, müssen Sie dafür sein, den Notentat an die erste Stelle zu setzen.“

Der Abg. Schröder erklärte am 26. Juli seine völlige Ueber-einstimmung mit der kommunistischen Auffassung zu den Dawes-gesetzen:

„Die Vertreter der kommunistischen Partei haben hier klar-gelegt, auch gestern noch in durchaus zutreffender Weise der Herr Abg. Rosenberg, wie entsetzlich geradezu die Folgen und die Lasten sind, die das Sachverständigen-Gutachten uns auferlegt.“

Derselbe Abgeordnete zollte einer Veröffentlichung der Roten Fahne über das Eisenbahnabkommen lebhaftesten Beifall:

„Vor ein paar Tagen las ich in der Roten Fahne, daß gegen die Rote Fahne ein Landesverratsprozeß abhängig gemacht werden soll, weil sie das Gesetz über die Bahnen veröffentlicht hat. Ja, da faßt man sich doch an den Kopf. Wenn die Rote Fahne das gefaßt hat, so hat sie damit etwas Gutes gefaßt.“

Am 26. August hat sich der gleiche Abgeordnete noch einmal auf die Zuverlässigkeit der kommunistischen Aussagen über das Sach-verständigen-Gutachten berufen:

„Der Abgeordnete Koenen hat in durchaus zutreffender Weise geschildert, wie diese Lasten ganz selbstverständlich auf die Arbeiter abgewälzt werden müssen. Es kann gar nicht anders sein, selbst wenn die Industrie es wollte, so große Lasten könnte sie gar nicht tragen. Sie muß sie mit Zwangs- und Naturnotwendigkeit auf die Arbeiter abwälzen . . . Gerade bei dieser Anleihe wird es so kommen, wie es der Herr Abg. Koenen gesagt hat: „Die Zeit der Arbeitslosigkeit wird eine permanente werden.“

In der Sitzung vom 29. August legte der Abgeordnete Wulle geradezu ein Liebesbekenntnis für die Kommunisten ab:

„Die Feststellung ist zu machen: In den Kommunisten sehen wir einen ehrlichen Gegner, der in der Politik konsequent ist, einen ehrlichen Gegner, der der Wahrheit die Ehre gibt. Vor einem ehrlichen Gegner haben wir auch Achtung.“

Daß sich die Kommunisten gerade von Herrn Wulle bescheinigen lassen müssen, wie wahrheitsliebend sie sind, und wie ehrlich ihre Politik ist, das ist schon mehr als ein Witz. Man kann demgegenüber nur das alte Sprichwort anwenden: **Gleich und gleich gesellt sich gern.**

Am 29. August versuchten die Kommunisten die Verabschiedung der Dawesgesetze durch zahlreiche Anträge auf namentliche Abstimmung zu verzögern. Von ihnen mehr als 60 Leuten waren aber nur 43 zur Stelle und da ein Antrag auf namentliche Abstimmung von 50 anwesenden Abgeordneten unterstützt werden muß, so sahen sie sich nach Hilfe um, die sie bei den Völkischen fanden. Nicht weniger als achtmal erhoben sich diese, unter ihnen Ludendorff — gerade am 10jährigen Gedenktag der von den Völkischen so gefeierten Schlacht von Tannenberg — auf das Kommando von Kah und Scholem für die kommunistischen Anträge.

17. Völkische als Verleumder.

Für den völkischen Abg. Fritsch verlangte seine Fraktion Einstellung des Privatlageverfahrens der Bankiers Dr. Melchior und Warburg. Fritsch hatte in den Jahren 1922 und 1923 die schwersten Beleidigungen über Warburg und Melchior ausgesprochen. Als die

beiden flagzen, hat Fritsch seine Behauptungen am 7. Februar 1923 unter dem Ausdruck tiefssten Bedauerns zurückgenommen. Schon am 15. Mai 1923 hat er aber seine Behauptungen wiederholt. Auf die neue Klage wurde der erste Termin auf den 24. September 1923 festgesetzt. Fritsch erschien nicht. Der nächste Termin am 28. Januar 1924 mußte ausfallen, weil durch die Verordnung der Reichsregierung vom 9. Januar alle diese Prozesse bis April 1924 sistiert waren. Als dann zum 27. Mai d. J. der dritte Termin festgesetzt war, fand sich Fritsch wieder nicht ein. Der Prozeß wurde auf den 1. Juli vertagt. Nun versteckt sich Fritsch hinter seine Immunität, die ihm der Reichstag allerdings bisher nicht zugebilligt hat.

Der völkische Reichstagsabgeordnete Ahlemann, Oberstleutnant a. D., hat in der Sitzung vom 24. Juli dem Abg. Breitscheid vorgeworfen, er betreibe in Paris Landesverrat. Hierüber sofort zur Rede gestellt, zog er sich auf die andere Verleumdung zurück, Genosse Breitscheid habe acht Tage nach der Ruhrbesetzung im Reichstag gesagt: „Wir vertreten nicht die Interessen Deutschlands, sondern der Welt.“ Tatsächlich hat Breitscheid am 26. Januar 1923 im Reichstag ausgeführt:

„Wir vertreten nicht nur die Interessen Deutschlands, wir vertreten die Interessen Europas, wir vertreten die Interessen der Welt.“

Ahlemann hat also eine glatte Fälschung begangen.

Dem Genossen Lübring wird vorgeworfen, er habe alle deutschen Offiziere als Lumpen bezeichnet. In Wirklichkeit hat Lübring mit Bezug auf Ahlemann gesagt:

„Solche Offiziere sind Lumpen.“

Diese Behauptung hat Lübring aufrechterhalten.

18. Der Reichstag als Kaschemme.

In der „Germania“-Abendausgabe vom 23. Oktober berichtet der Zentrumsabgeordnete Thomas Eßer:

Nicht weniger als 17 Sitzungen wurden ganz oder zum Teile ausfüllt mit endlosen und leidenschaftlichen Verhandlungen über Anträge betreffs Freilassung inhaftierter Abgeordneter

aus der kommunistischen und nationalsozialistischen Partei, über die Aufhebung verhängter Untersuchungshaft, die Freilassung politischer Gefangener, die Verbote radikaler Zeitungen, die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die bayerischen Volksgerichte. Die Debatten nahmen oft einen tumultuarischen Charakter an; der parlamentarische Wortschatz wurde mit Schimpfwörtern bereichert, die bis dahin im deutschen Reichstage nie gehört worden waren. Dreimal flog die Sitzung infolge von Ständen kommunistischer Abgeordneter auf, teilweise provoziert von deutsch-völkischer Seite. Schon der Auftakt der Reichstagsverhandlungen, der den Alterspräsidenten Bock zum ergebnislosen Abbruch der ersten Sitzung nötigte, zeigte, wes Geistes Kind die zahlreichen Vertreter des äußersten Radikalismus in diesem Reichstag waren. Geradezu empörend wirkte es auf das gespannt horchende In- und Ausland, als die Sitzung vom 22. August, in der die Reichsregierung über das Ergebnis der Londoner Konferenz berichten sollte, infolge kommunistischer Exzesse aufflog und die bis zum letzten Platz gefüllte Diplomatenloge dem entwürdigenden Schauspiel zusah, wie in Augenblicken, die über Deutschlands Zukunft entscheiden sollten, der Parlamentarismus in geradezu ekelerregender Weise absoziert wurde. Wenige Tage später, am 27. August, sanken die Verhandlungsformen im Reichstag auf das tiefste Niveau, als infolge völkischer Hebe der Demokrat Brodauf schwer verletzt wurde und drei Kommunisten mit polizeilicher Hilfe aus dem Saale geschafft werden mussten. Vorher waren bereits zweimal Kommunisten für längere Zeit von den Sitzungen ausgeschlossen worden.

Dass unter solchen Umständen für dringende Aufgaben ernstester Art keine Zeit blieb, war nur zu natürlich. Namenlich die Angelegenheiten des besetzten Gebietes mussten stets in komprimierter Form erledigt werden. Mit tiefer Entrüstung wurde dieses Verfahren von den Vertretern des besetzten Gebietes empfunden, als in der Sitzung vom 28. Juni die Anträge auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses für die besetzten Gebiete und eine Interpellation über die Lage des letzteren beraten werden sollten und man hierfür jeder Fraktion nur eine Redezeit von fünfzehn Minuten zubilligte, während zu Eingang dieser Sitzung ein völkischer Antrag über die Aufhebung eines Privatklageverfahrens gegen den Abgeordneten Fritsch eine endlose Debatte

verursachte, in der nicht weniger als 10 Redner ohne jede Beschränkung zu Wort kamen. Diese Aussprache, die den ganzen Tagesstand völkischer Ehrbegriffe blockierte, artete schließlich in einer wüsten Schimpferei aus.

19. Völkische und Kommunisten schützen die Schieber.

In der Sitzung vom 5. Juni sollte ein dringlicher Antrag gegen den die deutsche Wirtschaft schwer schädigenden Missbrauch der Geschäftsaussicht zur Abwendung des Konkurses erledigt werden. Obwohl die Verabschiedung dieses Antrags dringend erforderlich war, um dem Treiben der Schieber und anderer Dunkelgeisterzen aus der Inflationszeit entgegenzuwirken, suchte der völkische Führer v. Graefe die Entscheidung durch einen Antrag auf Verweisung der Materie an den Rechtsausschuss zu verschleppen. Als dieser Versuch scheiterte, stimmten Kommunisten und Völkische gegen den Antrag. Sie besorgten also gemeinsam die Geschäfte der übelsten Elemente, die die kapitalistische Wirtschaft hervorbringt.

20. Der Judenfreund Ludendorff.

Die Völkischen bezeichnen als eine ihrer wichtigsten Forderungen die Beseitigung des jüdischen Einflusses aus dem öffentlichen Leben, die Reinhaltung der germanischen Rasse von semitischem Blut. Ihr Führer Ludendorff lässt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne gegen die Juden zu hezen. Im Reichstag freilich sperrt er den Mund nur dann auf, wenn „Heil“ zu rufen ist. Am „Gedenktag der alten Armee“ in Berlin hat er nach dem Bericht des „Völkischen Kuriers“ vom 5. August 1924 folgendes ausgeführt:

„Über die mangelnde Förderung der Wehrkraft des Landes durch die unter jüdischem Einfluss stehende Demokratie wird sich heute niemand mehr verwundern, der die Absicht des jüdischen Volkes nunmehr erkannt hat.“

Herr Ludendorff war nicht immer so judenfeindlich. Im Herbst 1914, als die deutschen Heere in Polen einrückten, hat er eine Proklamation in jiddischer Sprache verbreiten lassen, in der er den polnischen Juden staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Möglich-

keit versprach, in allen Berufen Erwerb zu suchen. In seinem Buche „Hamdoloh und Zapfenstreich“ schildert S. Grönemann die jüdenfreundliche Tätigkeit Ludendorffs im Osten. Wir entnehmen ihm folgende bemerkenswerte Stellen:

„Ich erinnne mich eines Falles, in dem der inzwischen verstorbene Generalmajor F. einen alten Juden festnehmen ließ, der ihn nicht begrüßt hatte. Der Mann wurde sofort freigelassen, als sich nach etwa vierzehntägiger Untersuchungshaft herausstellte, daß er nahezu blind war. Damals hat Exzellenz Ludendorff persönlich durch Telephon dem Herrn Generalmajor in mehr als energischer Form seine Missbilligung ausgesprochen. . . .

Ich muß hier der Wahrheit gemäß feststellen, daß der oben erwähnte Fall nicht der einzige war, in dem von oben her zum Schutz misshandelter Juden eingegriffen worden ist. Insbesondere hat Ludendorff sich durchaus nicht als Judenfeind gezeigt. Er hat im Gegenteil oft bewiesen, daß er jüdische Hilfe und Mitarbeit zu schätzen wußte und sich häufig und gern jüdischer Hilfe bedient. Er hat jüdische Künstler herangezogen, sich mit ihnen stundenlang angeregt unterhalten und sich von ihnen Werke widmen lassen. . . .

In Kowno war sogar durch Dr. Rosenack die Ludendorff-Küche eröffnet worden, in der die ganze Oktupationszeit hindurch täglich viele hundert Portionen an arme Juden verteilt wurden. Der General hatte das Protektorat bereitwillig übernommen, und bei der Eröffnungsfeier war von allen deutschen Rednern betont worden, daß der Name dieser Küche ein Wahrzeichen des dauernden und tiefrührenden Interesses und Wohlwollens sein sollte, das der Protektor für die jüdische Bevölkerung besäße. Von hoher Bewunderung jüdischer Art erfüllt und voll Dankbarkeit für das, was die jüdische Kultur der Welt gegeben habe — so etwa ließ sich Exzellenz Ludendorff durch seinen Vertreter vernehmen —, sei er freudig bewegt, so daß ein Symbol seiner und des deutschen Volkes dauernder Sympathie für die Juden errichtet worden sei. . . .“

21. Völkisches Gesindel.

Keine Partei kann sich dagegen schützen, daß sich in ihren Reihen unsaurere Elemente einschleichen und ihr Ansehen schädigen. In

allen Parteien hat es schon Quimpen gegeben, es wäre also falsch, die gesamte Partei für die Schandtaten einzelner ihrer Mitglieder verantwortlich zu machen. Bei der völkischen Partei handelt es sich jedoch nicht um Einzelercheinungen, sondern bei ihr sind unsaubere und verbrecherische Elemente in solcher Zahl anzutreffen, daß sie zu einer die Gesamtpartei schwer belastenden Erscheinung werden. In den anderen Parteien, soweit sie auf politische Sauberkeit halten, entfernt man sofort solche Mitglieder, von denen man weiß, daß sie sich verbrecherischer Handlungen schuldig gemacht haben; anders dagegen bei den Bölkischen, wo selbst nach öffentlicher Feststellung ihrer Vergehen solche unlauteren Elemente nicht nur geduldet, sondern sogar noch in den höchsten Vertrauensämtern belassen werden. Aus der Fülle des darüber vorliegenden Materials einige Beispiele:

„Willi Hirschel, trug seines semitischen Namens Kassierer und Bezirksleiter des völkischen Schutz- und Truhbundes in Leipzig. Er unterschlug eingelaufene Gelder und fälschte mit mehreren seiner völkischen Freunde Geldscheine. Er wurde zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.“

Rudolf Laneer aus Leipzig, Geschäftsführer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, hat an gerichtlichen Strafen erhalten; wegen Urkundenfälschung sechs Wochen Gefängnis, wegen Unterschlagung und schweren Diebstahls 3 Jahre und 9 Monate Gefängnis sowie 3 Jahre Ehrverlust, wegen schweren Diebstahls in der Schweiz 2 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Verlust der Bürgerrechte, wegen Urkundenfälschung und Betrugs in Deutschland acht Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs 2 Monate Gefängnis. Die letzte Strafe hat gegen ihn in diesem Jahre das Leipziger Schöffengericht festgesetzt. Und dieser Mann ist heute noch eine Zierde der Bölkischen.

Hugo Bunzel ist Geschäftsführer des Leipziger Vereins zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung, Führer völkischer Organisationen und zusammen mit Rechtsanwalt Dr. Melzer, dem ehemaligen Fronhöldaten im Leipziger Bekleidungsamt, leitet er die Leipziger Arbeitsgemeinschaft der Vereinigten Vaterländischen

Verbände. Hugo Bunzel war einst Funktionär gelber vaterländischer Gewerkschaften in Leipzig. Er wurde nationalliberaler Stadtverordneter. Als falscher Sittenschuhzmann besuchte er die Bordelle, wo er Prostituierte unter Anwendung von Drohungen zu bestimmen wußte, mit ihm geschlechtlich zu verkehren. Hugo Bunzel war damals jung, bevorzugte aber mit Vorliebe die ältesten bis über 50 Jahre alten Prostituierten. Diese Rolle als „Sitten“-schuhzmann brachte ihm zwei Monate Gefängnis ein. Im Jahre 1912 mußte er wieder vor dem Strafrichter erscheinen. Er wurde des Betrugs beschuldigt und erhielt abermals eine Gefängnisstrafe. Trotzdem war er von 1912 bis 1918 — vaterländischer Arbeitersekretär. Im Kriege zeichnete er sich — wie die meisten völkischen Helden — durch besonders tapferes Verhalten aus. Obwohl er kriegsverwendungsfähig war, blieb er im Inlande und machte am liebsten Dienst bei Landsturmbataillonen, die nicht ins Feld zu ziehen brauchten. Der Krieg ging schließlich zu Ende, und jetzt schuf Herr Bunzel ein neues „vaterländisches“ Werk, die deutschen Werkstätten für Wandschmuckkunst. Im Jahre 1919 wollte er sich auf diese Weise auch geschäftlich an die Maifeier heranmachen, die er einst als gelber Arbeitersekretär verdammt hatte. Die gute Konjunktur ließ sich aber nicht ausnützen. Hugo Bunzel konnte an der Maifeier nichts verdienen, weil man auf seine Mitarbeit gern verzichtete. Hugo Bunzel mußte später wegen einiger Ladendiebstähle und Urkundersäfischungen vor dem Strafrichter erscheinen. Mit einigen Geldstrafen kam er davon, weil damals eine milde Praxis herrschte.

Bor einiger Zeit wurde in Leipzig der völkische Reichstagskandidat Ruthmann zusammen mit dem Eisenbahnassistenten Dreise oder wegen versuchten Betruges zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Kürzlich hatte sich der Dritte im Bunde, der Eisenbahnassistent Max Johannes Dörre, ebenfalls ein völkisches Prunkstück, vor dem Schöffengericht wegen schwerer Unterschlagung zu verantworten. Dörre hat von Januar bis Juni dieses Jahres einkassierte Gelder von Frachtbriefen in Höhe von 15 000 Mark unterschlagen und diese große Summe leichtfertig in schlechter Gesellschaft verbraucht. Er war ein leidenschaftlicher Spieler und ein Freund von großen Wettten. In allen völkischen, nationalen Veranstaltungen

wur er durch seine großen Ausgaben ein gern gesehener Gaß. Dazu reichte aber sein Einkommen nicht aus. Um seinen Etat etwas aufzubessern, unterschlug er diese große Summe. Der Angeklagte war zum Teil geständig; er wollte durch die erschwindelten Beträge seine Schulden decken. Das Gericht verurteilte Dörre zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis.

22. Die Kunze-Partei.

Eine ganz besondere Zierde des Reichstags ist jene „deutsch-soziale“ Gruppe, die sich um ihren Führer Richard Kunze, genannt Knüppel-Kunze, sammelte. Zuerst waren es vier Mann, zwei davon sind später zu den Bölkischen abgeschwemmt. Kunze unterscheidet sich in nichts von den Bölkischen, nur daß bei ihm der „jüdische“ Geist noch besser ausgebildet ist als bei seinen Gesinnungsgenossen um Lüdendorff. Er hat einen eigenen Parteiladen aufgemacht, weil der ihm mehr einbringt, als wenn er sich den Bölkischen angeschlossen hätte. Über den Entwicklungsgang von Knüppel-Kunze hat die „Weltbühne“ in Nr. 30 eine Schilderung gegeben, der wir folgendes entnehmen:

1897 hat Kunze als Volksschullehrer und Mitglied des Liberalen Volksvereins für Schöneberg bei Berlin seine öffentliche Tätigkeit begonnen. Um 1900 wurde er als Vertreter eines Mietervereins Stadtverordneter. Gleich nach der Wahl wurde er Hausbesitzer und gleich der schärfste Gegner seiner bisherigen Freunde. Inzwischen hatte er sich auch vom Judenfreund zum Judengegner gewandert. Als Kunze Hochzeit feiern wollte, hat er sich noch von dem Vater eines seiner jüdischen Schüler einen Teppich geschnitten. Später schimpfte er auf das „jüdische“ Kapital.

Dann wurde er Generalsekretär der konservativen Partei für das Königreich Sachsen. Seine Agitatoren dressierte er darauf, im Privatleben politischer Gegner „dunkle Punkte“ ausfindig zu machen und im übrigen zu schwindeln. Schließlich bekamen die Konservativen selbst Angst vor ihrem Generalsekretär und schmissen Knüppel-Kunze raus.

Da kam der Krieg und damit eine neue Epoche in Kunzes politischer Karriere. Er ließ sich als Durchhalteprediger engagieren

und predigte den ausrückenden Soldaten und den Daheimgebliebenen Heldenhum. Selbstverständlich dachte er nicht daran, sich als Freiwilliger zu melden. Aber dann wurde er eingezogen und kam als — **Dolmetscher in das Gefangenengelager von Gardelegen.** So endigte der **Helden-Kunze.**

In Gardelegen ging es ihm so gut, daß er seine Familie nachkommen ließ und eine Villa bezog. Mit Ackerbau und Viehzucht überwand er glänzend die Zeit der Zwangswirtschaft. Wiederholte der Hamsterei und des Schleichhandels beschuldigt, wußte er sich immer wieder geschickt aus der Affäre zu ziehen. Als der Krieg zu Ende war, packte er seinen Durchhaltereichtum in einen Möbelwagen, um nach Berlin überzusiedeln. Auf der Fahrt brach der Möbelwagen unter der Last gehamsterter und geschleichhandelter Kostbarkeiten zusammen. Das war der Zusammenbruch des **Schieber-Kunze.**

Nach dem Kriege wurde er oberster **Judenhasser** bei den **Deutschnationalen.** Als diese Tätigkeit nicht genug Geld einbrachte, ging er wieder schnorren und konnte bald das antisemitische Radauorgan, das „Deutsche Wochenblatt“, ins Leben rufen und den Deutschen Volksbund gründen, dessen Generalsekretär er wurde. Jetzt propagierte er den Kampf gegen das Judentum mit dem **Gummiknüppel.** Das trug ihm den Namen **Knüppel-Kunze** ein. Als Knüppel-Kunze zog er in das Berliner Stadtparlament und 1924 mit drei Mann in den Reichstag ein.

Kunze ist im Reichstage, wo er bei jeder Gelegenheit lange Reden hält, mehrfach aufgefordert worden, sich zu den ihm gemachten Vorwürfen zu äußern. Immer hat er geschwiegen und es sich stets gefallen lassen, daß die Angaben der Weltbühne als volle Wahrheit gewertet wurden. Kunzes Tätigkeit im Reichstage bestand in Schimpfereien und — **Empfangnahme der Diäten.**

KARL KAUTSKY

Ursprung des Christentums	4,50
Ethik	2,50
Prol. Revolution	3,—
Sozialisierung der Landwirtschaft	1,50
Marx ökonomische Lehren	3,—
Parlamentarismus	0,60
Weg zur Macht	0,50
Klassengegensätze	0,60
Historische Leistung von Karl Marx . .	0,30
Sonderheft der „Gesellschaft“ . brosch.	2,40
Sonderheft der „Gesellschaft“ . . . geb.	3,60

Werbehefte gratis

*

J. H. W. DIETZ NACHF. / BERLIN



VORWÄRTS BUCHDRUCKEREI

A